

Deutschland-Spraitbach: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 163/2023 25/08/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Spraitbach
Postanschrift: Kirchplatz 1
Ort: Spraitbach
NUTS-Code: DE11D Ostalbkreis
Postleitzahl: 73565
Land: Deutschland
E-Mail: mweller@spraitbach.de
Telefon: +49 7176656313
Fax: +49 7176656329
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://spraitbach.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXS0YRHY1M10484W/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://satellite.dtvp.de/Satellite/notice/CXS0YRHY1M10484W>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Gemeinde Spraitbach, Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Gebäude und Innenräume
Referenznummer der Bekanntmachung: 23/00047

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Los 1: Gemeinde Spraitbach, Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Architektur.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71241000 Durchführbarkeitsstudie, Beratung, Analyse, 71242000 Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung, 71243000 Planentwürfe (Systeme und Integration), 71244000 Kalkulation und Überwachung der Kosten, 71245000 Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen, 71246000 Festlegung und Aufstellung der für den Bau benötigten Mengen, 71247000 Beaufsichtigung der Bauarbeiten, 71248000 Projektaufsicht und Dokumentation

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE11D Ostalbkreis

Hauptort der Ausführung: Gemeinde Spraitbach Kirchplatz 1 73565 Spraitbach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gemeinde Spraitbach, Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Gebäude und Innenräume gemäß §§ 33 ff. HOAI.

Grundleistungen im Leistungsbild Gebäude und Innenräume gemäß Anlage 10 (zu § 34 Abs. 4, § 35 Abs. 7 HOAI) in stufenweiser Beauftragung:

Stufe 1

LPH 1 Grundlagenermittlung

LPH 2 Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)

LPH 3 Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung)

Stufe 2

LPH 4 Genehmigungsplanung

LPH 5 Ausführungsplanung

LPH 6 Vorbereitung der Vergabe

LPH 7 Mitwirkung bei der Vergabe

LPH 8 Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation

LPH 9 Objektbetreuung

Zur Information:

Los 1: Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Architektur.

Los 2: Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Fachplanung Tragwerksplanung.

Los 3: Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Technische Ausrüstung Fachplanung HLS.

Los 4: Neubau Feuerwehrmagazin, Planungsleistungen, Technische Ausrüstung Fachplanung ELT.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 48

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 4
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Sollten nach Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge mehr als vier geeignete Bewerber festgestellt werden, werden die Bewerber anhand der nachfolgenden, aus den

Eignungskriterien entnommenen Auswahlkriterien ermittelt:

- Erklärung über geeignete und vergleichbare Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens zehn Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen mit Angabe des Wertes, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers mit Benennung eines Ansprechpartners gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV.

Hierbei soll insbesondere auf die Erfahrungen in Planungsleistungen bei Verkehrsanlagen anhand der nachstehenden Aspekte eingegangen werden:

- Art des Referenzobjektes,
- Art und Umfang der Planungsleistungen,
- beauftragter Umfang der Leistungen,
- Ausführungszeitraum,
- Gesamthonorar,
- Gesamtkosten der Maßnahme.

Jeder Bewerber kann bis zu fünf geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungen in den letzten höchstens zehn Jahren angeben. Es erfolgt eine Bewertung der vom Bewerber benannten Referenzen anhand der vorstehend benannten und nachgewiesenen Aspekte.

Lässt sich ein Unterkriterium in der nachfolgenden tabellarischen Zusammenstellung mit "ja" beantworten, wird dies mit einem Punkt bewertet. Maximal zu erreichen sind 6 Punkte pro benannter geeigneter Referenz, d.h. insgesamt maximal 30 Punkte.

- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht, und zwar insbesondere derjenigen, die mit der Qualitätskontrolle beauftragt sind gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV.

Hierbei soll insbesondere auch auf die nachstehenden Aspekte eingegangen werden:

- Benennung der Leistungserbringer mit Angabe ihrer Funktion im Auftragsfall,
- Fachlicher Lebenslauf des Projektleiters, aus dem seine Referenzobjekte für die zu vergebende Dienstleistung hervorgehen,
- Fachlicher Lebenslauf des stellvertretenden Projektleiters, aus dem seine Referenzobjekte für die zu vergebende Dienstleistung hervorgehen,
- weitere Qualifikation des Projektleiters.

Jeder Bewerber kann jeweils bis zu fünf geeignete und vergleichbare Referenzen des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters über früher ausgeführte Dienstleistungen in den letzten höchstens zehn Jahren angeben. Es erfolgt eine Bewertung der vom Bewerber benannten Referenzen des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters anhand der Anzahl der benannten geeigneten Referenzen.

Lässt sich ein Unterkriterium in der nachfolgenden tabellarischen Zusammenstellung mit "ja" beantworten, wird dies mit einem Punkt bewertet. Maximal zu erreichen ist 1 Punkt pro benannter geeigneter Referenz, d.h. maximal 10 Punkte.

Damit können insgesamt maximal 40 Punkte erreicht werden.

Anhand der Punktebewertung wird eine Rangfolge in absteigender Punktzahl gebildet. Die vier Bewerber in der Rangfolge mit der höchsten Punktzahl werden ausgewählt.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung: Zunächst Beauftragung der Leistungsphasen 1 bis 3 der Leistungsbilder und Leistungsphasen §§ 34, 39 HOAI, sodann Übertragung weiterer Leistungen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Einzureichende Unterlagen:

- 5. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gemäß §§ 44, 75 Abs. 2 VgV (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Einzureichende Unterlagen:

- 6. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

- 7. Erklärung über den Gesamtumsatz und Umsatz im Tätigkeitsbereich (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Einzureichende Unterlagen:

- 8. Erklärung über geeignete und vergleichbare Referenzen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

- 9. Name und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistungen tatsächlich erbringen (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

- 10. Sicherstellung einer kurzfristigen Erreichbarkeit des Projektleiters für den Auftraggeber, Präsenz auf der Baustelle innerhalb von einer Stunde während der Ausführung der Bauarbeiten (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

- 11. Tägliche Präsenz vor Ort während der Ausführung der Bauarbeiten (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 12. Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 13. Beschreibung der technischen Ausrüstung, der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und der Untersuchungs- und Forschungsmöglichkeiten des Unternehmens (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 14. Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 15. Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 16. Erklärung, aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung des Auftrags verfügt (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

- Natürliche Personen, die zur Führung der Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" berechtigt sind nach Architekten- und Ingenieurgesetz des jeweiligen Bundeslandes,
- Juristische Personen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gem. o. g. Regelung benennen,
- Ausländische Bewerber Gleichstellung entsprechend RL 2005/36/EG, geändert durch RL 2013/55/EU

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Einzureichende Unterlagen:

- 17. Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 18. Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 19. Eigenerklärung EU-Sanktionen VO 2022_576 (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5.

Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/09/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 22/09/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Einzureichende Unterlagen:

- 1. Angaben zum Namen des Bewerbers / zum bevollmächtigten Vertreter / Ansprechpartner, Adresse und Kontaktdaten (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 2. Bewerbungsgemeinschaftserklärung (sofern zutreffend) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)
- 4. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Bekanntmachungs-ID: CXS0YRHY1M10484W

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ergänzend wird in diesem Zusammenhang auf die Regelung des § 160 GWB hingewiesen:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

21/08/2023